

## Fraktion

**W**ährend die Unionsfraktion des Bundestages sich mit der Frage um ihren Kanzlerkandidaten beschäftigt und somit nur um sich selbst kreist, arbeiten die SPD-Minister und wir als SPD-Bundestagsfraktion konzentriert an Lösungen zur weiteren Bewältigung dieser pandemischen Lage. Im Kabinett hat Hubertus Heil endlich eine Testpflicht für Betriebe, die kein Homeoffice anbieten können, durchgesetzt.

Und dann ist da natürlich noch die Diskussion um das neue Bevölkerungsschutzgesetz und eine einheitliche „Notbremse“ des Bundes. Kurz zusammengefasst soll sie Ausgangsbeschränkungen und Geschäftsschließungen ab bestimmten Inzidenzwerten bundesweit vorschreiben. Erforderlich ist dies, weil einzelne Bundesländer die Grenzen zur Ergreifung von Maßnahmen zur Eindämmung von Infektionen immer weiter verschieben und die Intensivstationen volllaufen. Niedersachsen ist hier übrigens explizit nicht gemeint. Bei uns wird die vereinbarte Notbremse der letzten MPK ohnehin schon konsequent umgesetzt.

Nach einer 4-stündigen Fraktionssitzung haben wir ein begleitendes [Positionspapier](#) beschlossen, welches zum vorliegenden Entwurf des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes klare Änderungen vorsieht und die SPD-Position zum Gesetz deutlich macht. Darin fordern wir eine Regelung die sich mehr an der Lebensrealität orientiert. So soll der Inzidenzwert nicht als einziges Kriterium gelten und auch nach 21 Uhr sollen Menschen für sportliche Aktivitäten raus dürfen. Jetzt finden schnelle aber gründliche Beratungen mit Anhörungen der Ausschüsse statt. Ein abschließender Beschluss soll nächste Woche erfolgen.

## Plenum

**W**ir müssen dafür Sorge tragen, dass wir Unternehmen und Arbeitsplätze bis zum Ende der Krise mit Wirtschaftshilfen unterstützen können. Darum ging es bei der erstmaligen Beratung des Nachtragshaushaltes für dieses Jahr. Der Nachtragshaushalt sieht für 2021 Gesamtausgaben in Höhe von 547,7 Milliarden Euro und damit knapp 50 Milliarden Euro mehr als ursprünglich veranschlagt. Mehr als die Hälfte davon soll direkt in Unternehmenshilfen fließen. [\(Infos hier\)](#)

**I**n erster Lesung haben wir über die Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz beraten. Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene. Sie sind eigene Persönlichkeiten mit eigenen Bedürfnissen und eigenen Rechten. Es ist höchste Zeit, Kinderrechte ausdrücklich in unserer Verfassung zu verankern! [\(Infos hier\)](#)

**M**it dem verabschiedeten Elektro- und Elektronikgerätegesetz wollen wir die Sammelquote von alten Elektrogeräten erhöhen. So werden Einzelhändler, die Elektrowaren verkaufen, stärker in die Pflicht genommen, Geräte zurückzunehmen. Ein Beitrag zur mehr Nachhaltigkeit. [\(Infos hier\)](#)

**Ü**ber Munitionsaltlasten in den Meeren haben wir auch diskutiert. Dieses Thema müssen wir dringend angehen. Mit moderner Räumtechnologie müssen die Altlasten endlich geborgen werden. Darüber haben wir als SPD heute Morgen auch mit der Umwelthilfe gesprochen und bereiten jetzt einen eigenen SPD-Plan vor.

## Rede



Auch in dieser Plenarwoche habe ich wieder eine Rede gehalten. Thematisch ging es um „Gewalt gegen Frauen“. Die digitale, physische und psychische Gewalt gegenüber Frauen nimmt immer mehr zu, gerade während der Pandemie. Zwar haben wir gute Präventiv- und Förderprogramme dagegen, aber trotzdem müssen wir in unserer politischen Arbeit mehr gegen Gewalt an Frauen tun. Und das nicht nur am Weltfrauentag! Mehr dazu in meiner [Rede zum nachgucken](#).

## Insektenschutz

In erster Lesung haben wir das neue Insektenschutzgesetz beraten dank dem wichtige Insektenlebensräume wie Biotop oder Streuobstwiesen nicht zerstört werden dürfen. Bei den Landwirten umstritten ist der Teil des Insektenschutzpaketes, den Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zu verantworten hat – die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung. Seit Monaten versuchen CDU und CSU mit „alternativen Fakten“ Stimmung gegen das Bundesumweltministerium zu machen, indem behauptet wird, dass die Auflagen für die Landwirte von dort kämen, obwohl die Verordnung, die nur im Bundesrat und nicht im Bundestag beraten wird, im CDU-geführten Bundeslandwirtschaftsministerium geschrieben wurde. Ein Unding! Gut ist, dass der niedersächsischen Weg durch das Gesetz nicht gefährdet wird. ([Infos](#))

## Digitale Konferenzen

Natürlich haben wir auch in dieser Woche wieder einige digitale Veranstaltungsformate durchgeführt. Am Mittwoch hat die Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP) zur Onlineveranstaltung zum Thema Organisierte Kriminalität in Zeiten von Corona und Brexit eingeladen. Ich durfte als eine der Hauptrednerinnen auf dem „digitalen Podium“ teilnehmen. Die Pandemie hat Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa dynamisch, teilweise auch grundlegend gewandelt. Der Brexit, der mit dem Ende der Übergangszeit Anfang Januar 2021 Realität ist, hat neue EU-Außengrenzen und insbesondere für den Warenverkehr neue Hürden geschaffen. Beides begünstigt Organisierte Kriminalität. Ich habe deutlich gemacht, welche politischen Antworten es darauf braucht: Mehr Zusammenarbeit in Europa & konsequente Verfolgung von illegalen Geldflüssen!

Wie in jedem Monat hat in dieser Woche mein digitaler Wahlkreis austausch mit den Genossinnen und Genossen vor Ort stattgefunden. Immer wieder eine schöne Gelegenheit, um unmittelbar aus Berlin zu berichten. Du willst nächstes Mal dabei sein? [Hier anmelden](#)

